



PROTOKOLL VORSTANDSSITZUNG 17. NOVEMBER 2017¹

¹ Fassung vom 15.06.2018

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 17. November 2017 in Turin statt. Den Vorsitz führt Lluís PRATS, Leiter des Referats für internationale Angelegenheiten der GD EMPL der Europäischen Kommission.

1. Annahme der Tagesordnung

Auf Vorschlag des Vorsitzenden nimmt der Vorstand die Tagesordnung für die Sitzung an. Es werden keine weiteren Tagesordnungspunkte vorgeschlagen.

2. Einführende Bemerkungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende begrüßt die neuen Vorstandsmitglieder: Rudzica JURCEVIC für Kroatien, Mika SAARINEN für Finnland, Carmen CLAPAN für Rumänien und Herman PANNEELS als Vertreter von Belgien. Des Weiteren begrüßt er zwei neue Mitglieder, die nicht an der Sitzung teilnehmen können: Fernando CATERINO und Paulo FELICIANO, das neue Mitglied und das stellvertretende Mitglied für Portugal.

Zwei Sachverständige ohne Stimmrecht, die das Europäische Parlament vertreten, sind ebenfalls nicht anwesend: Jan ANDERSSON und Jean-François MEZIERES. Auch die Beobachterin der Partnerländer aus Serbien Dragana SAVIC ist nicht anwesend.

Sechs Mitgliedstaaten sind auf der Sitzung nicht vertreten: Dänemark, Frankreich, Ungarn, Polen, Portugal und die Slowakei.

Zudem ist die Europäische Kommission vertreten durch Herrn Bernard BRUNET, Referatsleiter (GD NEAR), Kiril KIRYAKOV (GD EMPL), Christophe MASSON (GD NEAR) und Jean-Paul HEERSCHAP (GD DEVCO).

Die Personalvertretung der ETF wird vertreten durch Franca CRESTANI.

3. Follow-up zu den letzten Sitzungen

Der Vorstand genehmigt das Protokoll der letzten Sitzung vom 9. Juni 2017.

Der Vorsitzende erläutert die Weiterverfolgung der Aktionspunkte seit der letzten Vorstandssitzung.

Wie in früheren Sitzungen verweist der Vorsitzende mit Nachdruck darauf, dass die Mitgliedschaft im Vorstand voraussetze, im öffentlichen Interesse und unabhängig von jeglichen externen Einflüssen zu handeln. Zu diesem Zweck werden die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder aufgefordert, einen Lebenslauf vorzulegen und jährlich eine Verpflichtungserklärung und eine Interessenerklärung in schriftlicher Form abzugeben. Dabei handelt es sich um eine zwingende Voraussetzung nach der ETF-Rechtsgrundlage (Artikel 11) und vom Europäischen Parlament wurde wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, diese Dokumente vorzulegen. Die Vorstandsmitglieder, die diese Informationen noch nicht eingereicht haben, werden erneut nachdrücklich zu ihrer Vorlage aufgefordert.

4. Programmplanungsdokument 2017-2020 – Jahresarbeitsprogramm 2018

Cesare ONESTINI (ETF) stellt das Jahresarbeitsprogramm 2018 der ETF vor. Dieses sei nach dem vorherigen Austausch mit verschiedenen Interessenträgern erstellt worden, hauptsächlich mit den Mitgliedern der Kommission bei der Sitzung im Rahmen des strukturierten Dialogs und der Sitzung der Arbeitsgruppe des Vorstands im Oktober 2017. Des Weiteren betont er die Kontinuität mit den Programmen in der Vergangenheit und weist darauf hin, dass keine wesentlichen Änderungen

gegenüber früheren Dokumenten vorgenommen worden seien, allerdings seien Anstrengungen unternommen worden, um eine leichter verständliche und attraktive Darstellung sicherzustellen.

Vier Bereiche würden 2018 besonders im Mittelpunkt stehen: 1) Antizipation des Kompetenzbedarfs in Anbetracht der kritischen beschäftigungspolitischen Herausforderungen in den ETF-Partnerländern; 2) die Dimension des Humankapitals der legalen Migration, indem hervorgehoben werde, was von der ETF bereits erreicht worden sei und wie die ETF einen Beitrag zu künftigen Debatten der EU leisten könne; 3) digitales und Online-Lernen als Eröffnung von Möglichkeiten für die ETF-Partnerländer und 4) eine Analyse der Finanzsysteme in den Partnerländern, wobei Montenegro von der Kommission für ein Pilotprojekt zur Erprobung der Methodik ausgewählt worden sei.

Auch hinsichtlich des geografischen Fokus der ETF seien keine Unterschiede gegenüber der Vergangenheit festzustellen: In Libyen und Syrien seien aufgrund der schwierigen Arbeitsbedingungen keine Tätigkeiten vor Ort vorgesehen, die ETF setze ihre Beobachtung aus der Ferne aber fort.

Der Turin-Prozess stehe weiterhin allen Partnerländern offen und 2018 würden Überlegungen zur nächsten Phase des Turin-Prozesses in den Jahren 2019-2020 angestellt. In diesem Zusammenhang würden Möglichkeiten zur Konsultation mit den Vorstandsmitgliedern organisiert.

Als nächster Schritt werde das Arbeitsprogramm 2018 bis zum 30 November den Haushaltsbehörden vorgelegt – als Gegenstand und Beitrag zum Beschluss über den Haushaltsplan der Europäischen Union der Haushaltsbehörde, der voraussichtlich im Dezember ergehen werde.

Lluís PRATS (GD EMPL) dankt dem Direktor für seine klare und prägnante Präsentation.

Küllü ALL (Estland) berichtet in Vertretung des Ratsvorsitzes von der hervorragenden Sitzung mit den Vorstandsmitgliedern am Vortag und gratuliert der ETF zu ihrer wirksamen und effizienten Arbeit sowie für das vorgelegte deutlich klarere Dokument.

Auf der Sitzung seien drei kurze Bemerkungen zum Ausdruck gebracht worden:

- Die Einbeziehung der Partnerländer in die Arbeit der ETF sei nicht immer klar: Insbesondere stellten sich die Fragen, in welcher Weise diese eingebunden seien, welche Länder an welchen Aktivitäten teilnahmen und wie die Länder ausgewählt würden. Die gleiche Bemerkung sei auch bezüglich der EU-Mitgliedstaaten bzw. Vorstandsmitglieder an den Aktivitäten der ETF geäußert worden.
- Serbien und Montenegro erhielten als Bewerberländer 2018 eine größere Unterstützung durch die ETF, doch wie diese genau aussehe und welche Bereiche sie betreffe, könnte in dem Dokument besser dargestellt werden.
- Die Mitgliedstaaten sollten in die Planung und Programmentwicklung der Aktivitäten der ETF besser eingebunden werden. Külli All verweist auf die Teilnahme von Zypern, Luxemburg und Estland an der Sitzung der Arbeitsgruppe im Oktober als gutes Beispiel für die Einbeziehung, schlägt aber vor, dass diese Art der Kooperation durch die Einrichtung einer Art von formellem Gremium ausgeweitet werden könne.

Ingrid MÜLLER-ROOSEN (Deutschland) dankt der ETF für das Dokument und die Präsentation und räumt ein, dass es nicht einfach sei, mit geringen Mitteln so effizient zu arbeiten. Sie wirft eine kleine Frage zu den drei mit der Personalverwaltung in Zusammenhang stehenden Punkten auf. In Zusammenhang mit den Punkten 2 und 3 betreffend die Konzeption von politischen Maßnahmen und die Einhaltung des Rechtsrahmens (Bereich 2.2, S. 36) fragt sie, ob diese Punkte in einen Punkt zusammengeführt werden könnten.

Karl WIECZOREK (Österreich) erkundigt sich nach der Verbindung zwischen Einnahmen (S. 64) und Personalausstattung (S. 66). Zwar würden die Gesamteinnahmen bis 2020 etwas steigen, doch die Vollzeitäquivalentstellen würden sich leicht verringern und er fragt nach der Korrelation zwischen diesen beiden Zahlen.

Peter VAN IJSSELMUIDEN (Niederlande) erklärt für den Vorstand, dass die Einrichtung eines Gremiums vermutlich zu aufwendig sei, die Mitglieder der Troika grundsätzlich aber so häufig wie möglich an den Vorstandssitzungen teilnehmen sollten, auch an denjenigen, die in Brüssel stattfänden.

Zur Beteiligung der Partnerländer erklärt Cesare ONESTINI (ETF), dass deren Einbindung den Ausgangspunkt für alle Tätigkeiten der ETF bilde. Für die ETF sei dies zwar offensichtlich, doch würden ihre Rolle und Position künftig stärker hervorgehoben und die entsprechende Berichterstattung werde expliziter gestaltet. Was die Einbeziehung der Mitgliedstaaten in die Tätigkeiten der ETF betreffe, so sei er davon überzeugt, dass der Nutzen für die EU noch vergrößert werden könne, und er begrüßt alle Vorschläge, wie das Engagement der Mitgliedstaaten künftig gefördert werden könne.

Die Rede von Präsident Juncker zur Lage der Union habe für eine neue Dynamik im Erweiterungsprozess gesorgt, indem diesem eine politische Priorität eingeräumt und insbesondere Serbien und Montenegro erwähnt worden seien. Der Erweiterungsprozess beruhe auf Kompromissverhandlungen und die Kommission werde im Frühjahr 2018 politische Vorschläge vorlegen. Deshalb sei Cesare ONESTINI zum jetzigen Zeitpunkt zurückhaltend, bestimmte Länder als Prioritäten in das Arbeitsprogramm aufzunehmen, die ETF werde jedoch eng mit den Bewerberländern in Einklang mit den von der Kommission und den Mitgliedstaaten vereinbarten Prioritäten zusammenarbeiten.

Er dankt Deutschland für die Anerkennung der Effizienz und zolle seinem Vorgänger Respekt dafür und für die Stärkung des operativen Personals insgesamt. Zudem dankt er dem Personal der ETF für den Inhalt und die Präsentation des Arbeitsprogramms. Zur Personalausstattung erklärt er, dass die Politik der ETF die allgemeine Orientierung und die Art und Weise widerspiegele, in der die Personalpolitik der Einrichtungen der EU konzipiert werde. Was den Haushaltsplan und die VZÄ anbelange, so handele es sich bei der Erhöhung des Haushaltsplans einfach um einen nominalen Anstieg, der der Inflation geschuldet sei, bei den VZÄ spiegele sich jedoch die von der Kommission auferlegte Kürzung bei den Bediensteten auf Zeit von 5-10 % wider. Gleichzeitig habe sich die Zahl der Vertragsbediensteten erhöht.

Nach dieser Diskussion nimmt der Vorstand das Programmplanungsdokument 2017-2020 und das Arbeitsprogramm 2018 an.

5. Haushaltsplan der ETF 2018

Henrik FAUDEL (ETF) stellt den Vorentwurf des Haushaltsplans 2018 der ETF vor, der mit der Finanzplanung der Europäischen Kommission in Einklang stehe und der Entwicklung der EU-Außenbeziehungen folge. Nach einer Mitteilung aus dem Jahr 2013 solle der Haushaltsplan für 2019 und 2020 erhöht werden. Für 2018 hingegen beruhe der Vorentwurf des Haushaltsplans wie im Vorjahr auf einem Gesamtbeitrag in Höhe von 20 144 000 EUR.

Was die Gesamtausgaben betreffe, stütze sich die ETF in erster Linie auf ihr Personal, um ihr Kerngeschäft zu erfüllen, und Titel I sei der bei Weitem am größte Teil des Haushaltsplans, auf den 68 % der Gesamtkosten entfielen. In Titel II sei ein leichter Anstieg bei den Infrastrukturkosten zu verzeichnen, der mit Phase II der Trennung und Modernisierung des Versorgungssystems in Zusammenhang stehe. Die Region Piemont werde zu einem späteren Zeitpunkt die Hälfte der Kosten

für Phase II erstatten. Titel III beinhalte den operativen Haushalt als direkte Unterstützung für die Durchführung des Kerngeschäfts der ETF. Erhebliche Einsparungen seien bei den für Übersetzungen aufgewendeten Haushaltsmitteln erzielt worden.

Henrik FAUDEL (ETF) berichtet weiter, dass sich die Aufteilung des Personals zwischen AD- und AST-Stellen aufgrund des Ausscheidens von Bediensteten leicht verändert habe und eine Erhöhung der Zahl der AD-Bediensteten vorgeschlagen werde, da es sich dabei um eine der wenigen Möglichkeiten der ETF handele, um mehr Fachpersonal einzustellen.

Külli ALL (Estland) begrüßt als Vertreterin des Ratsvorsitzes den stabilen Haushaltsplan, fragt aber, was passieren würde, wenn die ETF zusätzliche spezielle Anfragen von der Kommission erhalte, und ob in diesem Fall zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt würden oder die ETF noch effizienter werden müsse. Sie erkundigt sich zudem, ob eine strukturelle Umstrukturierung geplant sei.

Cesare ONESTINI (ETF) bestätigt, dass der Haushaltsplan knapp bemessen und eine Neuordnung der Prioritäten erforderlich sei, sofern die Anfragen der Europäischen Kommission deutlich zunehmen. Die Frage sei auch auf der Sitzung im Rahmen des strukturierten Dialogs im Oktober 2017 und mit den Kollegen der GD Haushalt besprochen worden. Die Möglichkeit einer Projektfinanzierung werde als Quelle für zusätzliche Einnahmen untersucht. Da die Europäische Kommission sich derzeit am Ende des laufenden Programmplanungszyklus befinde und die Überlegungen zur nächsten Finanziellen Vorausschau erst begonnen hätten, sei derzeit keine solche Finanzierung vorgesehen. Diese Diskussion müsse auch im Rahmen der laufenden Überlegungen zu den Agenturen und der aktuellen Differenzierung zwischen Agenturen im Normalbetrieb mit einem stabilen Haushaltsplan und Agenturen mit neuen Tätigkeiten, für die zusätzliche Haushaltsmittel vorgesehen seien, betrachtet werden – wobei unklar sei, ob diese Differenzierung in die nächste Finanzielle Vorausschau erneut aufgenommen werde oder nicht.

Mit Blick auf die strukturelle Umstrukturierung der ETF erklärt Cesare ONESTINI, dass er nicht beabsichtige, unmittelbar erneut die Diskussion zu eröffnen, sondern sich für eine Konsolidierung ausspreche, um die Leistungsfähigkeit der derzeitigen Struktur zu bewerten. Angesichts der jüngsten altersbedingten Abgänge seien jedoch möglicherweise einige Anpassungen notwendig. Er plane, Anfang Januar mit dem Führungsteam und allen Bediensteten in eine Diskussion zu einer möglichen Neuverteilung der Aufgaben einzutreten. Gleichzeitig seien für Mitte 2018 zukunftsorientierte Überlegungen und eine offenere Diskussion vorgesehen, für die die für Juni geplante Vorstandssitzung um einen zusätzlichen Tag verlängert werde. Er schlägt vor, die Vorstandsmitglieder und einen zweiten Vertreter pro Mitgliedstaat zu diesem Tag der Reflexion über die künftigen Perspektiven der ETF einzuladen, um die Teilnahme der für Bildung/Berufsbildung zuständigen Abteilungen sowie der Abteilungen für Außenbeziehungen sicherzustellen.

Lluís PRATS (GD EMPL) wiederholt und unterstützt den von Cesare ONESTINI unterbreiteten Vorschlag. Des Weiteren ersucht er seine Kollegen von der Europäischen Kommission angesichts des knappen Haushaltsplans der ETF um Umsicht hinsichtlich zusätzlicher Anfragen. Er begrüßt den Vorschlag zu längerfristigen Überlegungen als Beitrag zu den laufenden Reflexionen über künftige Haushaltsentscheidungen, die im größeren Rahmen der nächsten Finanziellen Vorausschau getroffen würden.

Die Vorstandsmitglieder nehmen den Haushaltsplan 2018 der ETF an.

6. Berichtigungshaushaltsplan 2017 der ETF

Henrik FAUDEL (ETF) stellt den zweiten Berichtigungshaushaltsplan für 2017 vor, bei dem auf der Einnahmenseite Zinseinnahmen in Höhe von 89 EUR und auf der Ausgabenseite die

Abschlusszahlungen für das Projekt GEMM ausgewiesen seien – der verbleibende Betrag sei an die Europäische Kommission zurücküberwiesen worden.

Abgesehen von einer Umschichtung von 38 000 EUR von Titel I zu den Titeln II und II und weiteren Umverteilungen zwischen den Titeln nach den internen Haushaltsüberprüfungen nach dem zweiten und dritten Quartal, um einen besseren Haushaltsvollzug zu ermöglichen, seien sehr wenige Bewegungen zwischen den Titeln festzustellen. Die wichtigste Änderung innerhalb des Titels I betreffe eine Verringerung der administrativen Dienstreisen und eine erhebliche Senkung der Repräsentationskosten. Innerhalb von Titel II seien Mittel vom IKT-Bereich zum Versorgungssystem umgeschichtet worden, nachdem bei den Telekommunikationskosten und den Ausgaben für den Vorstand Einsparungen erzielt worden seien und die Einführung eines Systems für das Management der Beziehungen zu Interessenträgern verschoben worden sei. Was Titel III betreffe, so seien nach Einsparungen bei Evaluierungen mehr Mittel für die Entwicklung der Website zweckgebunden worden. Möglicherweise seien weitere Umschichtungen im Rahmen der dem Direktor für die Optimierung des Haushaltsvollzugs gewährten Flexibilität erforderlich.

Es werden keine Anmerkungen vorgebracht.

Der Vorstand nimmt den Berichtigungshaushaltsplan 2017 der ETF an.

7. Leistungsmanagement

i. Aktualisierung der Grundsätze für die interne Kontrolle der ETF

Peter GREENWOOD (ETF) stellt die dritte Aktualisierung der Grundsätze für die interne Kontrolle vor, die den Grundsätzen der Einrichtungen der Europäischen Union entsprechen. Jetzt sei ein integriertes systematisches Konzept für Aspekte betreffend das Arbeitsumfeld, das Risikomanagement, die Kontrollmechanismen, den Informationsaustausch und die Überwachung der Leistung der Organisation möglich. Die neuen Grundsätze würden ab Anfang 2018 eingeführt.

Külli ALL (Estland) spricht sich als Vertreterin des Ratsvorsitzes für die Annahme der Grundsätze aus.

Lluís PRATS (GD EMPL) bekräftigt ihre Bedeutung und die Notwendigkeit, die Verwendung der Steuergelder zu optimieren.

Der Vorstand nimmt die Grundsätze für die interne Kontrolle der ETF an.

ii. Überarbeitete Charta mit den Aufgaben des Internen Auditdienstes der Europäischen Kommission

Peter GREENWOOD (ETF) stellt die dritte Aktualisierung der Charta mit den Aufgaben des Internen Auditdienstes der Europäischen Kommission (IAS), des Prüfdienstes der ETF und aller anderen Agenturen, sowie die aktualisierten Auditmethoden vor.

Es werden keine Bemerkungen oder Fragen vorgebracht.

Der Vorstand nimmt die überarbeitete Charta mit den Aufgaben des IAS an.

8. Aktuelle Informationen zur externen Evaluierung der vier Agenturen

Kiril KIRYAKOV (GD EMPL) erinnert die Sitzungsteilnehmer an den allgemeinen Kontext dieser umfassenden Evaluierung, die die vier Agenturen im Zuständigkeitsbereich der GD EMPL betreffe (Cedefop, Eurofound, EU-OSHA und ETF). Diese sei vor einem Jahr eingeleitet worden und Ende November sei ein Entwurf des Abschlussberichts vorgelegt worden. Der Entwurf werde am 8. Dezember auf dem Validierungsworkshop mit den Vorstandsmitgliedern, Vertretern des Managements und des Personals der Agenturen sowie ausgewählten externen Interessenträgern

erörtert. Die Europäische Kommission werde als Beobachter teilnehmen. Für den ETF-Vorstand hätten sich drei Mitglieder zur Teilnahme bereit erklärt: Ingrid MÜLLER-ROOSEN für Deutschland, das frühere Vorstandsmitglied für Belgien Micheline SCHEYS und für den bulgarischen Ratsvorsitz Maria TODOROVA.

Die Ergebnisse der Sitzung würden in einen Abschlussbericht einfließen. Anschließend werde eine Mitteilung für das Europäische Parlament mit einer Stellungnahme der Europäischen Kommission zur Zukunft der vier Agenturen und zu etwaigen vorgeschlagenen Änderungen an ihren Aufträgen ausgearbeitet. Sobald die Europäische Kommission den Abschlussbericht genehmige, werde er an alle Mitglieder des Vorstands weitergeleitet.

Zwischenzeitlich seien die Analyse der Interessenträger und die öffentliche Konsultation mit einer bescheidenen Rücklaufquote abgeschlossen worden. Als die drei von den EU-Bürgern bevorzugtesten Szenarien für die Zukunft seien Folgende zu nennen: 1) Entwicklung eines Mechanismus für die gemeinsame Umsetzung; 2) Erweiterung des Mandats der Agenturen im Wege zusätzlicher Finanzmittel und 3) gemeinsame Nutzung von Unterstützungsdienstleistungen. Eine Schließung oder Zusammenlegung von Agenturen zähle nicht zu den bevorzugtesten Szenarien.

Auf der Vorbereitungssitzung hätten die Mitglieder der Troika um aktuelle Informationen zur europäischen Arbeitsbehörde (ELA) und der Verbindung mit der Evaluierung ersucht. In der Rede zur Lage der Union von Präsident Juncker im September sei die Einrichtung dieser neuen Regulierungsstelle und Durchsetzungsbehörde als Schlüsselpriorität erwähnt worden. Im Evaluierungsbericht würden deshalb einige Aufgaben dargelegt, die der europäischen Arbeitsbehörde (ELA) übertragen werden könnten, wie die Arbeitsbedingungen, Elemente der sozialen Rechte usw. Das Ziel bestehe in erster Linie in 1) einer Stärkung der Verwaltungszusammenarbeit für eine faire Mobilität auf dem Arbeitsmarkt (z. B. die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern); 2) einer zuständigen Behörde für die Lösung von Streitfällen zwischen Mitgliedstaaten bei grenzüberschreitenden Fragen; 3) einer Zusammenlegung von vorhandenen Instrumenten für die grenzüberschreitende Mobilität (EURES, EU-Gesundheitsversicherungskarte, Blaue Karte EU, Sozialversicherungsnummer); 4) der Bekämpfung von Missbrauch der Arbeitsgesetzgebung und Förderung der Sozialgesetzgebung und 5) einer grenzüberschreitenden Kontrolle der Erwerbstätigkeit. Die europäische Arbeitsbehörde (ELA) werde gemeinsam mit den Arbeitsaufsichtsbehörden aller Mitgliedstaaten tätig sein und sich ausschließlich mit grenzüberschreitenden Fragen befassen. Im Frühjahr 2018 werde ein Vorschlag vorgelegt, in dem die genauen Informationen zu dieser wichtigen politischen Initiative enthalten sein würden.

Külli All (Estland) bestätigt die Bedeutung der europäischen Arbeitsbehörde (ELA) und verweist auf die Verbindungen mit Bildungsthemen wie EURES und ESCO, die Initiative Blaue Karte EU und die Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Sie empfiehlt der Europäischen Kommission und den Vorstandsmitgliedern, bezüglich dieser Themen wachsam zu bleiben.

Dimitris PSILLOS (Griechenland) erkundigt sich, ob die erarbeiteten Rechtsvorschriften für die Mitgliedstaaten verbindlich sein würden, da alle angesprochenen Punkte politisch sehr sensibel seien.

Lluís PRATS (GD EMPL) bestätigt, dass die neue Stelle eine Behörde sein werde und deshalb einen politischen Auftrag habe. Kiril KIRYAKOV (GD EMPL) ergänzt, dass die Mitgesetzgeber die endgültige Entscheidung treffen würden, und zwar nicht nur bezüglich der Haushaltsmittel, sondern auch zu den Aufgaben der Behörde. Zum jetzigen Zeitpunkt könnten keine konkreten Antworten auf die angesprochenen Fragen gegeben werden. Die Mitteilung werde dem Vorstand auf seiner nächsten Sitzung im Juni vorgestellt.

Peter VAN IJSSELMUIDEN (Niederlande) erkundigt sich, ob die Themen in Zusammenhang mit Arbeitsinspektionen und Beschäftigung vom Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und

Verbraucherschutz (EPSCO) erörtert würden und wie weit diese Fragen sich auf das Mandat der ETF und Cedefop auswirkten.

Lluís PRATS (GD EMPL) wiederholt, dass die laufende Evaluierung Beiträge für Überlegungen zu diesen Themen liefern werde. Er nimmt jedoch an, dass die ETF und Cedefop nicht davon betroffen sein würden, während dies bei den beiden anderen Agenturen der GD EMPL der Fall sein könne. Dies hänge alles von den konkreten Aufgaben der neuen Behörde und den Entscheidungen ab, die der Gesetzgeber und der Rat trafen. Kiril KIRYAKOV (GD EMPL) bestätigt, dass die neue Behörde Gegenstand von Erörterungen im Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) sei. Wie bereits von Külli All erwähnt, würden zudem manche Elemente aus dem Bildungsbereich, für die hauptsächlich Cedefop zuständig sei, ebenfalls im Rahmen der neuen Behörde berücksichtigt.

Reinhard NÖBAUER (Österreich) fragt, wie eine Agentur Regulierungsbefugnis haben könne und wie sich dies auf die Zuständigkeitsverteilung zwischen den Einrichtungen und Mitgliedstaaten auswirke. Lluís PRATS (GD EMPL) räumt ein, dass dies ein wichtiger Punkt sei, der zu vielen internen und politischen Diskussionen führen werde.

Edit BAUER (nicht stimmberechtigte Sachverständige in Vertretung des Europäischen Parlaments) erkundigt sich, was die Rechtsgrundlage für eine solche Behörde sein könne. Als frühere Berichterstatteerin für die Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, für die eine Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsaufsichtsbehörden vorgeschlagen worden sei, erinnert sie sich an den nachdrücklichen Widerstand aller Interessengruppen und befürchtet, dass heftiger Widerstand oder sogar eine Blockierung durch Minderheiten den Vorschlag untergraben könnten.

Lluís PRATS (GD EMPL) betont die Notwendigkeit einer europäischen Arbeitsbehörde (ELA), die zusammen mit der Säule sozialer Rechte zu Verbesserungen bei der Beschäftigung in der EU führen werde, indem die Kommunikation zwischen den verschiedenen nationalen Verwaltungen über grenzüberschreitende Beschäftigungsfragen gefördert werde.

9. Kooperationsrahmen: ETF – Cedefop

Cesare ONESTINI (ETF) stellt den nächsten Kooperationsrahmen für den Zeitraum 2018-2020 vor. Der derzeitige Rahmen laufe Ende 2017 aus. Er erläutere die klare Abgrenzung der Tätigkeiten zwischen den beiden Agenturen, während gleichzeitig ein großes Maß an Zusammenarbeit entsprechend den Bestimmungen des Rahmens und in den jährlichen Aktionsplänen möglich sei.

Loukas ZAHILAS (Cedefop) bestätigt die seit Langem bestehende Kooperation zwischen der ETF und Cedefop. Der Kooperationsrahmen werde dem Vorstand von Cedefop auf dessen nächster Sitzung am 5. Dezember zur Annahme vorgelegt.

Im Namen der Mitgliedstaaten bringt Külli ALL (Estland) ihre volle Unterstützung für den Kooperationsrahmen als solide Grundlage für weitere Synergien zwischen den beiden Agenturen zum Ausdruck und hofft, dass der Vorstand von Cedefop den Rahmen annehme.

Auch Dimitris PSILLOS (Griechenland) freut sich über die Synergien, betont aber, dass die Nachweise für den Mehrwert dieser Synergien sichtbar gemacht werden müssten, dies gelte auch für frühere Jahre, für alle Bürger und für alle Partnerländer, nicht nur für die Bediensteten der Europäischen Kommission und der Agenturen.

Loukas ZAHILAS (Cedefop) legt dar, dass diese Art von Informationen bereits in den Jahresberichten für das Europäische Parlament und den Vorstand der beiden Agenturen enthalten sei.

Monia RAIES MGHIRBI (Beobachterin der Partnerländer) bestätigt als Begünstigte der Arbeit der ETF, dass sie von der ETF Informationen über die Tätigkeiten von Cedefop erhalte, und wünscht sich einen Ausbau der Zusammenarbeit, da diese ihres Erachtens für alle Partnerländer bereichernd sei.

Cesare ONESTINI (ETF) verweist auf das Seminar zum Wissensaustausch der ETF und von Cedefop, das in Kürze als gutes und praktisches Beispiel für die Zusammenarbeit stattfinden werde und in dessen Rahmen Kräfte gebündelt, das gegenseitige Lernen gestärkt und Überschneidungen vermieden würden.

Lluís PRATS bestätigt, dass die GD EMPL den Kooperationsrahmen nachdrücklich begrüße und er persönlich die Einbeziehung von Lernen am Arbeitsplatz als Teil des Kooperationsrahmens befürworte.

Der Vorstand nimmt den Kooperationsrahmen ETF – Cedefop an.

10. Mündliche Berichte

Siehe Anhang.

11. Verschiedenes

Der Vorsitzende erinnert die Vorstandsmitglieder, die ihren Lebenslauf und ihre Interessenerklärung noch nicht vorgelegt hätten, daran, diese so schnell wie möglich einzureichen. Das Europäische Parlament verlange die Veröffentlichung dieser Dokumente auf der Website.

Reinhard NÖBAUER (Österreich) erwähnt, dass er als Mitglied des Ministeriums Österreich vertrete und deshalb die Logik der Erklärung infrage stelle. Wenn sein Ministerium kein Interesse an der Arbeit der ETF hätte, wäre Österreich nicht vertreten. Dimitris PSILLOS (Griechenland) stimmt dem zu.

Lluís PRATS (GD EMPL) erklärt, dass es sich um ein Standardformular handle und es den Mitgliedern möglich sei, eine Anmerkung in ihre Erklärung aufzunehmen. Des Weiteren ersucht der Vorsitzende die Vorstandsmitglieder, das Evaluierungsformular für die Sitzung auszufüllen.

Reinhard NÖBAUER (Österreich) ersucht um Informationen zum aktuellen Stand betreffend die Räumlichkeiten der ETF, während Frau Külli ALL (Estland) vorschlägt, eine Teilnahme an Sitzungen des Vorstands über Skype oder eine andere Online-Technologie, wie vom dänischen Mitglied schriftlich vorgeschlagen, zu prüfen.

Cesare ONESTINI (ETF) führt aus, dass die Region Piemont erst vor Kurzem im Oktober eine Ausschreibung für eine neue Konzession für den Hauptteil des Gebäudes veröffentlicht habe. Was die Idee von virtuellen Vorstandssitzungen betreffe, so erklärt er, dass er vorbehaltlich der Unterstützung aller Mitglieder die Möglichkeiten prüfen werde, angesichts der Vertraulichkeit der Verfahren in erster Linie mit Blick auf Zertifizierungsfragen in Zusammenhang mit Abstimmungen. Des Weiteren erinnert er die Sitzungsteilnehmer an die erweiterte Sitzung im Juni, an der Kollegen aus dem Bereich Außenbeziehungen teilnahmen, um eine weitreichendere und zukunftsorientierte Diskussion zu führen.

Schließlich bedanken sich sowohl der Vorsitzende als auch der Direktor herzlich bei Peter GREENWOOD (ETF), der nach 23 Dienstjahren in den Ruhestand trete.

12. Termin für die nächste Sitzung

Die nächste reguläre Sitzung des Vorstands findet am 15. Juni 2018 in Turin statt. Zuvor findet am 14. Juni ein Tag der Reflexion über die mittelfristigen künftigen Perspektiven statt, an dem auch Vertreter anderer Ministerien teilnehmen.

Folgemaßnahmen:

- Vorlage des Arbeitsprogramms 2018 bei den Haushaltsbehörden bis zum 30. November 2017
- Bestandsaufnahme der Folgemaßnahmen zu den Ergebnissen der externen Evaluierung auf der nächsten Vorstandssitzung
- Vorlage einer Präsentation und von Informationen zum aktuellen Stand hinsichtlich der europäischen Arbeitsbehörde (ELA) auf der Sitzung im Juni 2018
- Überprüfung der Möglichkeiten für eine technologische Unterstützung für eine Online-Teilnahme an den Vorstandssitzungen
- Kontrolle der Absichtserklärung und Überprüfung, ob ein besseres Formular zur Verfügung gestellt werden kann
- Unverzügliche Vorlage der Verpflichtungserklärungen und Interessenerklärungen durch die Vorstandsmitglieder

ANNEX

10. Oral reports

Progress on Commission policies and programmes that have an impact on the ETF

For DG EMPL, Kiril KIRYAKOV (DG EMPL) informed the GB members about the Council Recommendation of 5 October on the **European Framework for Quality and Effective Apprenticeships**, a major milestone in DG EMPL's work, because work based learning receives more and more emphasis, not only in ETF Partner Countries but also in MS. Funding will be provided through the ESF, E+ and EASI..

The **Erasmus PRO programme** now includes long duration VET mobility, with an increased duration of work placements abroad from 3 to 12 months. It has become a key action funded under the E+ VET Facility, and offers a new window of opportunity for VET learners, apprentices and recent VET graduates. On October 25, the EC published the call for E+ / Erasmus PRO, with a deadline of February 2018. By June 2018, these long-term apprenticeships are expected to be in place.

The second **VET Skills week** starts next week on the theme "Discover Your Talent", with two days of events in Brussels, and a noticed increase of events in MS and PC. The ETF is the connection between Partner Countries, Member States and DG EMPL. Around one million people will be involved, spread over some 1500 events.

The **EU Skills Profile Tool for Third Country Nationals** was launched in June and upgraded in November. It is a practical, multilingual tool for mapping the experiences of third country nationals coming to the MS and can serve as a basis for referrals to other services in private, non-governmental or public organisations.

Bernard BRUNET (DG NEAR) informed about:

- **The enlargement policy.** The State of the Union speech by President Juncker in September 2017 opened new avenues and the beginning of a renewed commitment for an enlarged EU beyond the actual 27 MS. DG NEAR will therefore propose a new strategy for enlargement in early 2018, especially for the Western Balkans, while Turkey has other perspectives given recent political developments. In February, a Communication will be released targeting six countries of the Western Balkan region. Negotiations with Serbia and Montenegro continue through the opening of new chapters while the negotiations with Turkey have stopped de facto.

More focus is also put on the development and strengthening of regional cooperation, mainly in economic development, as confirmed in the agreed action plan during the July meeting in Trieste, with a significant mobility component to improve the mobility of workers among the six Western Balkan countries and a mutual recognition agreement for a number of selected professional qualifications. Furthermore, a continued engagement in the light European Semester through the ERP process stimulates the countries to come up with structural reform measures in employment, social inclusion, business development, infrastructure investment, etc., thus preparing the countries towards their future EU obligations.

- **In the neighbourhood countries,** less significant developments have occurred. Both the East and the South have been confronted with policy challenges in their geopolitical environment, but fewer turbulence was noted. Some heterogeneity persists, with very engaged DCFTA countries (UA, MD, GE), countries in the process of negotiating a DCFTA (TN and MA), and JO and LB with a more intense upcoming cooperation, despite an imminent refugee crisis.

The two regional platforms, in a summit between the EU and the six Eastern Partnership countries next week, will adopt 20 deliverables for 2020, a very concrete set of actions envisaged to foster economic and social development.

In the South, the engagement through the UfM continues with regular ministerial meetings, as the one scheduled for end November on women in employment.

- Furthermore, the EU will create an **external investment plan for the neighbourhood south and sub-Saharan Africa**, to tackle more efficiently and effectively the job challenges with the support of a € 4.4 billion fund for the period 2018-2020, hoping to leverage private investment by a factor 10. Project proposals from financial institutions are awaited with high job content and high investment impact.
- Focus is still also on dealing with the migration crisis in the Western Balkans and in SEMED, despite the reduction of illegal migration by 95%.

Lluís PRATS (DG EMPL) confirmed that VET is more and more at the heart of finding solutions for many problems. Enlargement is about reforms in the countries, about creating a society and an economic system compatible with the EU, but also about the need for a smoothly working education system of which VET is an important component. The work done by the ETF must also be seen in this context.

Jean-Paul HEERSCHAP (DG DEVCO) completed the presentation by focusing on the **5th EU-Africa summit** to take place **in Abidjan** on investment in youth for a sustainable future. The summit will focus on youth in three axes: investment in people - with a link to skills and education - , governance and peace. The European External Investment Plan stimulates investment for employment and consists of three pillars: a financial pillar offering guarantees and blending and two pillars for capacity building, one for developing proposals and building capacity, including of social partners and one for a more conducive business climate. The summit has been preceded by some preparatory meetings, such as the one in Addis Abeba on “Africa talks jobs” where also the ETF was present. Subjects touched upon covered investment in people, VET audit, support for capacity building, intra African skills portability, making VET more attractive and an Erasmus-style pilot project on VET mobility between Africa and the EU.

He also referred to the annual seminar for EU DEL staff the week following the Governing Board, with the active participation of ETF speakers.

Trends and developments at the ETF

Cesare ONESTINI (ETF) gave a short update on the Torino Process and its next steps, but promised that the slides covering the other items would soon be available in the restricted area of the GB.

A little brochure on the Torino Process was prepared and distributed, capturing the essence of what the Torino Process has given. A short reference was made to the 2016-2017 June Torino Process meeting as a very inspiring event.

Through the Torino Process more awareness has been raised for VET in the Partner Countries although the results on the ground and for the citizens were somehow difficult to capture. VET needs to deliver, and delivery is an area where the ETF will focus on, by calibrating strategies if needed and improving its monitoring systems. Furthermore, cooperation for delivery needs to be stressed, not only among Partner Countries but also with social partners, private providers, trade unions, NGO's, etc. A need for diversification was noticed to cover a lifelong learning perspective. Finally yet importantly, a proliferation of pilot projects exists of which very few translate into reforms and are not assessed for a move into reality. Therefore, mechanisms and assumptions need to be analysed to translate the pilots into reality.

Sixteen strategic dimensions and key indicators have been defined to measure the progress made in each country and in each area, showing the different stages of development in reform processes per country. The majority of the countries is in the piloting stage, others in the conceptual stage, but far less in the implementation stage.

For the future, this means that delivery and implementation will need special attention and extra resources, while still supporting the EC with the design, piloting and implementation of projects.

Four cycles of the Torino Process have now been finalised, and through a steady progression in the number of participating countries, it has become an established process. With the next phase covering 2019-2020, some reflection will take place previously to define the approach and line of action: on the need to find a balance between policy learning, analysis and ownership in the countries; the varying quality of indicators; the need for constructive and longer term feedback mechanisms; the support to implementation.

The Torino Process also needs to be framed into the post 2020 discussions, possibly already next year when, based on the results of the Torino Process, a collective and interactive reflection could take place with some or all members of the GB or other interlocutors.

A short video was shown giving a visual impression of the last Torino Process conference.

Dimitris PSILLOS (Greece) thanked for the inspiring presentation, and asked why the histograms gave the impression of homogeneity while they are not adding up equal issues. Furthermore, in the history of education, there is a gap between pilot studies and implementation or dissemination, the last category implying a strategy on what is possible and what not. He suggested that the ETF should only consider selected case studies of implementation, dissemination and evaluation, given its stressed resources.

Cesare ONESTINI (ETF) replied that no value judgement was implied. This was confirmed by Manuela PRINA (ETF) who said that the different stages were not a ranking nor a value judgement, but are just helping to understand the intervention modalities that can then bring countries forward that are at different levels of policy stage and in need of different support. The final and regional reports on the Torino Process 2016-2017 will be ready by the end of the year.

Lluís PRATS (DG EMPL) concluded by pointing at the importance of 2018 for both the future of the agency and the future of VET for the neighbouring countries.

Update on the Estonian Presidency

Külli ALL (Estonia) confirmed that quite some progress was made in EU Presidency matters, mainly in taking forward the EU Skills Agenda, labelled as a priority since the start of the Presidency. In addition, the specific initiatives on education and youth, such as the Council Conclusions and the Recommendation on the Tracking of Graduates and the revision of the Europass framework were successfully taken forward. All the DG meetings were held as planned. A big conference on new approaches to learning and teaching, a big educational conference on career counselling and a high level Presidency conference on the future of work and skills took place, all putting the future and modernisation of education at the centre of the attention. The conclusions of the conferences served as input to the Conclusions of the Council on the development of schools and on the development of higher education. All information and documents of the conferences are available on the Presidency's website. The contribution of ETF to the conferences was appreciated.

Next week, the Ministerial Council of Education, Research, Youth and Sports plans to adopt the Recommendation on the Tracking of Graduates, the Conclusions on the new higher education action plan and on school development. A discussion on VET, and more specifically on the future of skills and the balance between employment and labour market needs, will be launched.

In two weeks' time, in the field of science and research, the Ministers will endorse in the Competitiveness Council the Conclusions of the mid-term review of Horizon 2020 and the forthcoming ninth Framework Programme. The Bulgarian Presidency will take these forward.

Update on the upcoming Bulgarian Presidency

Mimi DANEVA (Bulgaria) introduced Bulgaria and the first Bulgarian Presidency ever, which, under its motto "United We Stand Strong" will do its utmost to push forward a number of education files. Four headline priorities related to the future of Europe and young people were mentioned: economic growth and social inclusion; security and stability in a strong and united Europe; the EU perspective and connectivity of the Western Balkans; the digital economy and skills.

For education, the overarching priority is the future of the Erasmus+ programme, with a mid-term evaluation expected mid-January. A first discussion on the future of education after 2020 is scheduled in the February meeting of the Council of MoEs. The forthcoming meeting of the High-Level Group in education and training in Sofia will start the discussions on the new mandate of the six existing working groups within the education and training 2020 framework. A Council Recommendation on social inclusion and common EU values through education is expected, as is a revision of the Council Recommendation on the key competences for life-long learning.

A detailed agenda with dates and events was provided to the audience.